



Fragen an der öffentlichen Informationssitzung Dienstag, 11. September 2007

1. Ich persönlich möchte nicht, dass meine Kinder in der Saane baden. Der Staat muss rasch handeln und darf nicht die Augen vor diesem Problem zumachen.

Die Untersuchung der Deponie La Pila hat Vorrang. Wir müssen über solide Grundlagen verfügen, bevor wir Entscheide fällen. Man muss die richtige Reihenfolge einhalten und an erster Stelle eine genaue Diagnose stellen, wie dies auch von der Bundesgesetzgebung verlangt wird. Es geht darum, die richtigen Massnahmen zu bestimmen und nicht noch grösseren Schaden anzurichten, indem man überstürzt handelt. Die nötigen Massnahmen werden zu jedem Zeitpunkt des Projekts ergriffen. Mit den Kenntnissen, über die wir bisher verfügen, ist es im Augenblick nicht möglich, abschliessend und genau alle Mittel aufzulisten, die künftig einzusetzen sind.

In Bezug auf das Badewasser ist zu präzisieren, dass mit den am Wasser erfolgten Untersuchungen keine PCB festgestellt werden konnten. Das Baden in der Saane ist unproblematisch.

2. Es ist viel die Rede von Fischen und ihrem Verzehr. Wie steht es aber mit den Risiken beim Kontakt mit den Sedimenten, wenn man im Flussbett läuft ?

Es stimmt, dass man cPCB auch durch die Haut aufnehmen kann. Jedoch ist die Haut an den Füssen sehr dick und man müsste schon regelmässig im Wasser laufen, damit dies Probleme bereiten könnte. Bei ein und demselben kontaminierten Fluss ist die PCB-Exponierung durch die Haut nahezu 100mal geringer als diejenige durch den Verzehr von Fisch.

Auch wenn die Analyse der Sedimente und die Interpretation der Resultate komplex sind, werden Probenahmen im Rahmen des Projekts organisiert.

Hinweis: Es empfiehlt sich stets, die Haut abzuspülen und sich abzutrocknen, nachdem man im Wasser gewesen ist (z. B. nach dem Baden in Seen oder Flüssen). Auf diese Weise lassen sich Sedimente, die allenfalls an der Haut haften geblieben sind, entfernen.

3. Ihre Antwort ist nicht logisch. Aus welchem Grund untersagt man dann den Zutritt zu einem Teil der Deponie La PILA ? Man hat den Eindruck, dass der Staat überstürzt gehandelt hat, ohne Krisenmanagement. Gibt es Alternativen, die vorgeschlagen werden können ?

Drei verschiedene Direktionen der Verwaltung sind betroffen und haben zusammengearbeitet: die Direktion für Gesundheit und Soziales, die Direktion der Institutionen, der Land- und Forstwirtschaft und die Raumplanungs- Umwelt- und

Baudirektion. Im Augenblick ist es die GSD, die das « Lead » in Bezug auf die Information übernommen hat, da es sich vor allem um einen Entscheid aus Gründen der öffentlichen Gesundheit handelt. Die übrigen implizierten Direktionen werden aber in der Folge in vermehrter Weise betroffen sein.

Das Zutrittsverbot zur Deponie ist vom Oberamtmann beschlossen worden. Es handelt sich um eine Vorsichtsmassnahme um zu verhindern, dass Spaziergänger an einen Standort geraten, der stellenweise erhöhte PCB-Konzentrationen aufweist. Es ist auch nicht angezeigt, Kinder an diesem Ort spielen zu lassen. Die Massnahme drängt sich zudem deswegen auf, weil weitere Untersuchungsarbeiten in der Zone vorgesehen sind.

Der Staatsrat musste angesichts der ersten Resultate aus den Analysen von Fischproben einen raschen Entscheid fällen. Der Entscheid zum Fischereiverbot betrifft das Jahr 2007. Seit dem Eingang der ersten Resultate fahren wir in den Untersuchungen weiter und wir werden nach wie vor in transparenter Art und Weise informieren. Die einzige Garantie, die wir geben können, ist, dass wir unser Möglichstes tun werden, um vertretbare Lösungen für die Fischer und für die Umwelt zu finden. Wenn es Alternativen gibt, werden sie ins Auge gefasst.

4. Es handelt sich hier um einen klaren Verstoss gegen das Gesetz über den Gewässerschutz. Dieses Gesetz verbietet die Belastung der Gewässer. Niemand hat etwas in dieser Richtung unternommen, man findet sich mit der Situation ab.

Der Staat findet sich nicht mit dieser Situation ab. Er verpflichtet sich, dass die nötigen Massnahmen innert kürzester Frist ergriffen werden. Die Dringlichkeit im Augenblick besteht darin, Lösungen in Bezug auf die vom Standort La Pila ausgehende Belastung zu finden. Zu berücksichtigen ist auch, dass für die Sanierung belasteter Standorte das Bundesgesetz über den Umweltschutz und dessen Vollzugsverordnungen ein klares Verfahren vorschreiben, das auf einen Sanierungsplan hinauslaufen muss; dieser muss insbesondere die zu ergreifenden Massnahmen und einen Zeitplan beinhalten.

Was die Anwendung des Grundsatzes anbelangt, wonach der Verursacher der Belastung zu bezahlen hat, so muss man wissen, dass es sich um einen neueren Grundsatz der Bundesgesetzgebung handelt. Wie es im hier vorliegenden Fall mit dieser Frage steht, muss unter rechtlichem Aspekt geklärt werden. Dies geschieht parallel zu den übrigen Massnahmen. Die Ermittlung, wer rechtlich haftbar ist, braucht Zeit, denn die Lage ist komplex.

5. Vom Schiffenensee ist nicht gesprochen worden. Warum ist dieser Entscheid getroffen worden ?

Verschiedene Probenahmen sind erfolgt. In der Saane entdeckt wurden vermutlich aus dem Schiffenensee stammende Fische (Rotaugen) mit Werten von über 8 Pikogramm. Als Vorsichtsmassnahme ist das Fischereiverbot deshalb auf den See ausgedehnt worden. Es erfolgen aber derzeit weitere Untersuchungen an den Fischen des Schiffenensees, und es wird darüber informiert, sobald die Resultate bekannt sind.

6. Wie steht es mit dem nächsten Jahr ? Angesichts dessen, was anderswo läuft, ist der heutige Entscheid sicher für einen langen Zeitraum gefällt worden.

Wir benötigen die Ergebnisse der laufenden Untersuchungen, um die Entscheide für das nächste Jahr fällen zu können. Vielleicht werden sie es uns erlauben, für bestimmte

Abschnitte auf den Entscheid zurückzukommen, oder uns zwingen, das Fischereiverbot auf weitere Abschnitte auszudehnen. Im heutigen Stadium sind Vorhersagen unmöglich.

7. In einem Artikel der Freiburger Nachrichten hat Frau Demierre gesagt, es bestehe keine Gefahr für die Gesundheit, und im gleichen Artikel heisst es, dass keine Berufsfischer betroffen sind. Ich sehe keine Verbindung.

An der Pressekonferenz wurden den Medien viele Informationen erteilt, die oft sehr technischer Art waren. Die Medienvertreter mussten diese Informationsmenge zusammenfassen, was nicht immer einfach ist. Man muss daher die hinterbrachten Aussagen nuancieren : Frau Demierre hat an der Pressekonferenz gesagt, es bestehe keine **unmittelbare** Gefährdung der Gesundheit, was nicht ausschliesst, dass ein langfristiges Risiko besteht.

An der Pressekonferenz ist der Aspekt Berufsfischerei angesprochen worden. Wenn Berufsfischerei betrieben würde, läge ein Problem vor, welches das Lebensmittelgesetz tangiert, da es untersagt ist, von PCB kontaminierte Fische in den Handel zu bringen. Dies ist aber nicht der Fall.

8. Werden die für die elektrische Befischung der « kleinen Saane » festgesetzten Daten beibehalten ?

Sie werden beibehalten, denn es handelt sich um ein wissenschaftliches Forschungsprogramm. Die hierbei gefischten Fische werden nicht konsumiert.

9. Wie steht es mit einer Rückvergütung ? Einer Anpassung des Patentpreises ?

Der Staatsrat hat sich demnächst zu einem Bericht zu äussern, der diese Fragen aufwirft. Nach dem Gesetz über die Fischerei ist der Staat nicht verpflichtet, im Fall von Verschmutzung eine Entschädigung zu zahlen oder den Patentbetrag ganz oder teilweise rückzuerstatten. Er kann dies aber tun.

10. Es handelt sich vor allem um eine Frage des Geldes und der Politik. Man braucht sich doch nur an die Arbeit zu machen, um diese Deponie endgültig und vollständig zu sanieren.

Man darf nicht überstürzt handeln, denn wir verfügen noch nicht über genügend Elemente, auf deren Grundlage der Staatsrat entscheiden könnte. Massnahmen, die sich rasch aufdrängen, werden innert angemessener Frist ergriffen. Zum Vergleich: wenn man bei jemandem eine ernsthafte Erkrankung entdeckt, stellt man zuerst eine möglichst genaue Diagnose, überlegt man die verschiedenen Alternativen und Massnahmen, die möglich sind, und man interveniert dann in Kenntnis der Sachlage, wenn man das Für und Wider einer Intervention erwogen hat.

11. Kann man die Dinge nicht beschleunigen, wie dies in Bonfol und in Kölligen geschehen ist ? Und was wird man tun, was die übrigen belasteten Standorte des Kantons anbelangt ?

Die genannten Fälle sind seit langem bekannt. Nach der Erfahrung des AfU ist es nicht möglich, Vergleiche unter den Deponien anzustellen. Jede Deponie ist anders, entweder in Bezug auf die Merkmale des Standorts oder in Bezug auf die Art und Menge der dort gelagerten Abfälle. Die Deponien von Bonfol und Kölliken unterscheiden sich grundlegend von der Deponie La Pila, da sie im Wesentlichen der Endlagerung von Sonderabfällen dienen, die namentlich aus der chemischen Industrie stammen. Die Deponie La Pila enthält

aber mehrheitlich städtische Abfälle. Industrielle und gewerbliche Abfälle wurden hier ebenfalls abgelagert. Jetzt müssen die betroffenen Zonen eruiert und die Massnahmen ergriffen werden, die sich aufdrängen, um erneute Schäden an der Saane und der Umwelt abzuwenden.

Im Augenblick gilt die Priorität der Deponie La Pila. Sicher werden aber auch die übrigen Standorte untersucht, gemäss dem erstellten Programm und einer Prioritätenliste. Letztere trägt sowohl den potenziellen Risiken als auch den zu schützenden Gütern Rechnung, insbesondere den oberirdischen Gewässern und dem Grundwasser.

12. Schon seit 30 Jahren fische ich im Schiffenensee. Meine ganze Lebensqualität ist durch das Fischereiverbot in Frage gestellt. Haben Sie daran gedacht, einen Fischereiparcours "NO KILL" einzurichten, statt das Fischen zu verbieten ?

Diese Frage ist diskutiert worden. Der Revisionsentwurf für die Tierschutzverordnung zielt auf das Verbot dieser Praxis hin. Sollte dies eintreffen, wäre es für den Kanton schwierig, diesem Verbot zuwider zu handeln. Es muss aber eine Entscheidung von Seiten des Bundes abgewartet werden.

13. Wie ist es möglich, dass die cPCB nicht ins Wasser des Kantons Bern gelangen ?

Nicht das Wasser, sondern die Sedimente enthalten cPCB. Die Behörden des Kantons Bern sind über die Ergebnisse der Analysen unterrichtet und sind daran, Untersuchungen durchzuführen.

14. Besteht die Möglichkeit einer Ablagerung im Pérolles-See ?

Ja, diese Möglichkeit besteht. Es müssen Untersuchungen durchgeführt werden.